

ein energischer Schlag gegen die Kriegsbrandstifter erkannt, und begrüßt. Einige Kollegen stellten jedoch die Frage nach der „Rechtsgrundlage“. Unsere Genossen mußten ihnen erklären, daß die Westmächte die Abkommen von Jalta und Potsdam gebrochen haben, in denen die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus beschlossen worden waren. Niemand erhielten sie das Recht, die Störtätigkeit gegen uns in Westberlin zu gestatten bzw. selbst mit zu organisieren. Eindeutig liegt doch der Beweis vor, daß die Westmächte es zugelassen haben, daß Westberlin zur Frontstadt gemacht wurde, in der die faschistischen und revanchistischen Kräfte alle Freiheit haben. Unsere Sicherungsmaßnahmen stimmen daher völlig überein mit den im Potsdamer Abkommen festgelegten Verpflichtungen und unseren eigenen Souveränitätsrechten. Ähnliche Diskussionen gab es auch über den Mißbrauch des Luftkorridors durch die Westmächte.

Hinsichtlich der Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die UdSSR erkannten einige Dozenten nicht gleich, jlaß die Wiederaufnahme der Versuche die Kriegsgefahr nicht verschärft, sondern daß dadurch die überhitzten Köpfe der Kriegstreiber und Revanchisten abgekühlt werden. Auch über den Zusammenhang des Abschlusses eines Friedensvertrages mit unserer im Deutschlandplan des Volkes dargelegten Politik der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands mußten unklare Vorstellungen richtiggestellt werden.

Die Parteileitung vertritt nicht die Auffassung, daß mit diesen Aussprachen schon alle Unklarheiten überwunden sind. Sie sieht vielmehr mit dem 13. August den Beginn einer neuen Etappe im politischen Gespräch mit unseren Intellektuellen über die Grundfragen unserer offensiven Friedenspolitik.

Die politische Reife unserer Dozenten zeigte sich auch in ihren Verpflichtungen. Ähnlich wie die Produktionsarbeiter, haben die Dozenten aller Fachrichtungen in einem Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden, Genossen Walter Ulbricht, bekundet, daß sie fest hinter der Politik der Partei und Regierung stehen und das durch gute Taten beweisen wollen. So

verpflichteten sich Dozenten der Fachrichtung Technologie des Maschinenbaus dazu, ein Fachbuch für Verzahnungsmaschinen zu schaffen, um den Lehr- und Lernbetrieb auf diesem Gebiet unabhängig von westdeutscher Literatur zu machen. Die Dozenten der Fachrichtung Textilmaschinenbau wollen in Zusammenarbeit mit einem halbstaatlichen Betrieb einen Bandwebautomaten entwickeln, der bisher nur im kapitalistischen England gebaut wurde. Ähnliche Verpflichtungen liegen aus allen Fachrichtungen vor.

Wir meinen, daß unsere Dozenten damit das Produktionsaufgebot der Arbeiter gut unterstützen. Durch die offene politische Diskussion sind wir einen Schritt in der Erkenntnis vorwärts gekommen, daß die Frage Krieg oder Frieden am Arbeitsplatz eines jeden entschieden wird.

Und noch ein weiteres Ergebnis brachten die Versammlungen. Es wurde als notwendig erkannt, daß jeder Dozent in seinem Fach vor den Studierenden seiner Klassen offen sein Verhältnis zur Arbeiter-und-Bauern-Macht bekundet. Junge Dozenten erklärten offen ihre Bereitschaft zur Verteidigung der Republik und wirkten als Vorbild unter den Studierenden.

### **Jugendkommuniqué in Aktion**

In den FDJ-Versammlungen zeigten sich Früchte der richtigen Auswertung des Jugendkommunikés des Politbüros vom Februar 1961. Als Parteiorganisation hatten wir in den letzten Monaten unser Augenmerk vor allem darauf gerichtet, daß die Dozenten Freund und Ratgeber der Studierenden sein sollen und in ihren Lehrveranstaltungen auch politisch-erzieherisch wirken. Durch viele gemeinsame Aussprachen konnten wir eine gute Atmosphäre in unserem Schulkollektiv erreichen und die Lehre und Erziehung verbessern. Heute wirkt sich diese Arbeit spürbar aus. Wir können sagen: Das Jugendkommuniqué ist in Aktion, denn es besteht auch bei neuen politischen Anforderungen ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen unseren Dozenten und Studierenden.

In den FDJ-Versammlungen zeigte sich, wie richtig es war, die Genossen Studierenden und Dozenten für eine offensive